

## Wirtschaftskrieg (GS 2-22)

Nachfrage zum letzten Termin zum Artikel „Die drei Gründe des Ukraine-Krieges“:

5 — Auf S. 57, letzter Absatz (GS 2-22) heißt es :“Die Selenskyj-Regierung baut auf das Interesse des Westens an ihrem Land“. Da wird Selenskyj`s Festlegung der Staatsräson auf eine westliche Ausrichtung als instrumentelles Verhältnis ausgedrückt, als sei die westliche Ausrichtung nicht wirklich sein Zweck, sondern ein Mittel zur Erlangung einer unangefochtenen Herrschaft über sein Volk. Das stellt die Sache auf den Kopf.

10 Die beiden Seiten widersprechen sich nicht. Selenskyj präsentiert den Krieg dem Westen als „in dessen Interesse“, weswegen er jedwede Unterstützung verdiene und beansprucht, und nach innen legt er das Land auf die von ihm vertretene Staatsräson fest. Dazu gehört, dass er überhaupt erst ein durchgreifendes Gewaltmonopol mit allem, was dazugehört, etabliert und durchsetzt, dass alle abweichenden Meinungen,  
15 die in anderen Parteien oder Volksteilen unterwegs sind, aus- oder gleichgeschaltet werden.

— Wenn gesagt wird „Selenskyj präsentiert sich dem Westen“, legt das nahe, dass er in der Westorientierung nicht das Allheilmittel für den ukrainischen Nationalismus sieht, sondern diese lediglich ein Mittel für ihn ist, um die Waffen zu bekommen, die  
20 er dafür braucht, eine Staatsräson herzustellen und das Volk ganz abstrakt zu einigen. Eine Staatsräson hat aber einen bestimmten Inhalt, sonst hätte sich Selenskyj genau so gut an die Russen oder Chinesen und gegen den Westen wenden und seinen Staat und sein Volk auf deren Staatsräson festlegen können. Aber er hatte von Anfang an eine prowestliche Ausrichtung im Sinn.

25 Seine absolut prowestliche Ausrichtung ist ja der Ausgangspunkt Selenskyjs. Er sieht die Perspektive der Ukraine in der antirussischen Ausrichtung der Nation, im Zusammenschluss mit der EU und in der NATO. Gegenstand im Text an dieser Stelle ist der Fortschritt, den *dieses* politische Programm mit dem Krieg macht. Selenskyj war damit konfrontiert, dass sein antirussischer Standpunkt gar nicht selbstverständlich als  
30 gültige Staatsräson in der Ukraine anerkannt war. Jetzt macht er sich daran, das für alle Ukrainer als einzig verbindliche Staatsräson durchzusetzen. Alle gesellschaftlichen Interessen und politischen Parteien werden jetzt darunter subsumiert. Sein politisches Programm ist also kein x-beliebiges, sondern *für* die gewaltsame Durchsetzung seiner prowestlichen antirussischen Staatsräson als allgemein verbindliche,  
35 baut er auf die westliche Unterstützung.

Die Schwierigkeit liegt daran, dass im Fall der Ukraine zwei Sachen in eins gehen: das ist ein Staat ohne Gewaltmonopol *und* ohne eine einheitliche nationale Rason. Selenskyj geht es um die Durchsetzung einer prowestlichen Staatsräson und um die Herstellung einer einheitlichen Nation; um die Durchsetzung eines Staates, der über  
40 das Gewaltmonopol verfügt und darüber das Volk erst zu seinem Volk macht. Selenskyj arbeitet sich daran ab, dass er, um der Ukraine eine westliche Staatsräson zu verschaffen, diesen Staat im eigentlichen Sinn erst *herstellen* muss. Das ist auf S.58 u. mit "Staatsgründungskrieg" ausgedrückt.

45 Bis zum Kriegsbeginn gab es in der Ukraine nicht die Verhältnisse, wie man sie aus anderen demokratischen Staaten kennt: eine feststehende Staatsräson, dass die

Nation für Kapitalismus und weltweite Konkurrenz steht, und ein in keiner Weise angezweifelt staatliches Gewaltmonopol. Auf *der* Grundlage wird mit Recht und Gesetz regiert und die ganze Nation hört auf das Kommando der Regierenden. Nach innen wird eine solche Monopolgewalt mit der Polizei und nach außen mit Militär durchgesetzt. Auf *der* Grundlage konkurrieren die Parteien darum, die feststehende Staatsräson besser als die andere zu verfolgen. Im Unterschied dazu hatte in der Ukraine die Zentralgewalt in Kiew überhaupt nicht die souveräne Gewalt über ihr Land: Es herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände, Teile des Landes sind von einer ausländischen Macht besetzt. Dass ein Präsident, weil gewählt, in Kiew die Regierung ausübt, war nicht selbstverständlich. Selenskyj konnte sich bloß halten, weil er von einem Oligarchen bezahlt wurde. Zugleich bastelten gegnerische Gruppierungen und Fraktionen an seinem Sturz. Selbst aktuell kann er sich nicht sicher sein, dass die Organe der Staatsgewalt – im jüngsten Fall der Geheimdienst – auf sein Kommando hören und die von ihm dekretierte politische Linie als Maßgabe ihrer Aktivitäten anerkennen. An dieser Stelle im Text wird nicht behauptet, der Inhalt seiner Staatsräson sei beliebig, sondern dass Selenskyj seinen politischen Standpunkt zu einer für alle gültigen Staatsräson erheben will und die russische Invasion und das Interesse des Westens als Herausforderung und Gelegenheit *dafür* nimmt: über das ganze Land eine regierende Staatsgewalt zu etablieren, die seinem Programm verpflichtet ist und es für alle Interessen in der Gesellschaft verbindlich macht.

## **Wirtschaftskrieg**

Worin unterscheidet sich der aktuelle Wirtschaftskrieg gegen Russland von den früheren Sanktionspaketen, die bereits seit 2014 gegen Russland verhängt wurden und darauf abzielten, bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten dieses Landes zu stören oder zu verhindern?

— *Der aktuelle Wirtschaftskrieg hat einen anderen Stellenwert und auch ein anderes Ziel als die früheren Sanktionen. Das wird klar an den Äußerungen der Politiker. Baerbock z.B. sagt, die russische Wirtschaft soll ruiniert werden. Biden teilt mit, dass durch diesen Wirtschaftskrieg Russland Schäden zugeführt werden sollen, die der Anwendung militärischer Macht gleichkommen. An diesen Ansagen wird ersichtlich, dass die russische Wirtschaft nicht nur geschädigt, sondern als Machtbasis des russischen Staates zerstört werden soll.*

— *Die früheren US-Sanktionen hatten das Ziel, Russland, nachdem es sich nach der Wende auf den kapitalistischen Weltmarkt eingelassen hatte, in seinem Fortkommen in der Weltwirtschaft zu behindern. Diese Restriktionen hatten den politischen Zweck, Russland auf den Status einer Regionalmacht zu beschränken; es wurde ihm die Teilnahme am Weltmarkt zugestanden, Ansprüche durfte es daraus aber nicht ableiten.*

Zunächst hat Russland am Weltmarkt unter den Konditionen der USA und des Westens teilgenommen. Russische Interessen wurden zwar von Anfang an beschränkt, aber erst als Russland sich 2014 die Krim einverleibt hat, sich also als Macht anders aufgestellt hat, war das ein Grund für Sanktionen, die auch immer wieder verschärft wurden. Worauf zielten diese Sanktionen im Unterschied zu dem jetzigen Wirtschaftskrieg ab?

— *Die Sanktionen gegen Russland hatten eine Änderung der Politik Russlands zum Ziel. Russland sollte sich in die westlichen Vorgaben ohne eigene*

*Machtentfaltungen einfügen. Der jetzige Wirtschaftskrieg dagegen hat die Zerstörung der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Potenz von Russland zum Ziel.*

Es sind also nicht mehr einfach einzelne Schäden, wie sie Russland zufügt wurden, um eine *Korrektur* der russischen Politik herbeizuführen, sondern es geht jetzt um die Zerstörung der Grundlagen russischer Macht, um einen Krieg gegen diese Macht.

— *Während bei den früheren Sanktionen eine Benutzung Russlands noch gewährleistet werden sollte und ihm der Verkauf russischer Rohstoffe auf dem Weltmarkt zugestanden wurde, soll jetzt durch die neuen Sanktionen zunehmend ein Ausschluss Russlands aus dem Weltmarkt stattfinden, dem alle Staaten zustimmen sollen.*

Die früheren Sanktionen zielten darauf ab, Russlands positives Interesse am Weltmarkt als seine ökonomische Basis als Druckmittel dafür einzusetzen, dass Russland sich politischen Forderungen der Gegenseite fügt. Die Perspektive war damals, dass Russland in dem Maße, wie es den politischen Forderungen nachkommt und sich einsortiert, auch wieder am Weltmarkt teilhaben soll. Verglichen dazu zielen die jetzigen Sanktionen – vor allen Dingen im Energiesektor – darauf ab, genau diese Teilhabe Russlands am Weltmarkt überhaupt zu bestreiten. Russland soll also nicht, wie bei den bisherigen Sanktionen, eine Perspektive eröffnet bekommen, unter welchen Konditionen es weiter am Weltmarkt teilnehmen darf, sondern mit den Sanktionen wird es vom Weltmarkt ausgeschlossen, *weil* es dort die ökonomische Grundlagen seiner Macht erwirtschaftet, auf deren Zerstörung es dem Westen ankommt.

\*

Welche Eigentümlichkeiten hat dann dieser Wirtschaftskrieg?

— *In diesem Krieg tritt der Westen direkt als Kriegspartei auf – im Unterschied zum militärischen Stellvertreterkrieg, in dem die Ukraine Land und Volk für die Zwecke des Westens ruinieren darf. Den Wirtschaftskrieg kann der Westen aufgrund seiner ökonomischen Potenz „asymmetrisch“ gegen Russland führen. Für Russland heißt das, es muss sich auf diese Gegenwehr einstellen und die Sanktionen aushalten. Darüber hinaus hat dieser Wirtschaftskrieg auch für den Westen Konsequenzen. Frühere Geschäfte mit Russland werden unterbunden, die eigene materielle Reproduktion, die auf die russischen Gaslieferungen angewiesen ist, wird beschädigt. Dies gilt insbesondere für Deutschland.*

*Asymmetrisch* ist der Wirtschaftskrieg insofern, als darin nur von der westlichen Seite die Kampfmaßnahmen eröffnet und eskaliert werden. Die russische Seite hat nicht denselben Zweck gegenüber der westlichen Seite. Russland versucht – eventuell auch mit Gegenmaßnahmen – den Westen davon zu überzeugen, seine Kampfmaßnahmen zu unterlassen. Das ist nicht einfach ein beidseitiger Krieg, bei dem beide Seiten mit den gleichen Mitteln und dem gleichen Zweck agieren. Hier ist der Westen darauf aus, die Russen fertig zu machen, während die Russen mit ihren wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen versuchen, den Westen davon abzuhalten oder die schon angewandten Kampfmaßnahmen zurückzunehmen. Das macht die Asymmetrie aus.

Die Besonderheit dieses Krieg ist, dass die westlichen Staaten, indem sie die ökonomischen Mittel als Kampfmittel einsetzen, auch eine Schädigung bei sich bewirken. Das wird mit der Kalkulation in Kauf genommen, dass die Schäden auf russischer Seite so umfassend sind, dass sie letztlich zur Kapitulation Russlands führen.

Insofern trifft der Begriff „Krieg“ die Sache, weil – wie bei einer militärischen Auseinandersetzung – die Unversehrtheit des eigenen Territoriums, der eigenen Institutionen und Wirtschaft, für die Zielerreichung aufs Spiel gesetzt werden.

140 Der Westen ist nach der Wende der SU die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland eingegangen, weil er sich davon einen Beitrag zum eigenen Wirtschaftswachstum versprochen hat. Wenn diese jetzt aufgekündigt werden, ist das mit entsprechender Schädigung der eigenen Wirtschaft verbunden. Die notwendigen Konsequenzen dieses Wirtschaftskrieges sind aber nicht für alle gleich. Unter den Verbündeten wird  
145 daher darüber gestritten, wie und in welchem Ausmaß Maßnahmen gegen den Feind ergriffen werden können, ohne dass man selber in einer Weise betroffen ist, die kontraproduktiv zu dem ist, was man damit eigentlich erreichen will. An dieser Stelle gibt es dann erhebliche Unterschiede zwischen den Partnern, je nachdem, in welchem Verhältnis sie wirtschaftliche Beziehungen zu Russland gepflegt haben, haben sie  
150 auch etwas einzusetzen und entsprechend zu verlieren. Und das „Verlieren“ betrifft nicht nur das eine oder andere verlorene Geschäft, sondern an einigen wichtigen Punkten die Reproduktion der ganzen Gesellschaft. Insbesondere an den Energiefragen wird deutlich, dass Russland, das mit dem Wirtschaftskrieg fertiggemacht werden soll, nicht nur die flächengrößte Nation der Welt, sondern auch eine der energiereichsten ist und auch als sonstiger Rohstoffexporteur maßgeblich in die materielle  
155 Reproduktion der westlichen Ökonomien eingebaut ist.

— *Das trifft besonders auf Erdgas zu. Seinen Kohlebedarf kann Deutschland auch zur Not mit seiner Braunkohle decken, Erdöl kann es auch von andern Ländern beziehen. Aber russisches Erdgas kann nicht so leicht ersetzt werden. Im doppelten  
160 Sinn: es ist nicht nur Energiequelle, sondern für die deutsche Wirtschaft auch als Rohstoff unentbehrlich. Die ganze chemische Industrie kann nicht ohne Erdgas existieren.*

\*

— *Deutschland hatte u.a. mit dem **Nord Stream 2**-Projekt die Verteilung von Erdgas in den gesamten EU-Ländern als gewinnbringendes ökonomisches Projekt geplant und ist dafür die wirtschaftliche Beziehung zu Russland eingegangen, die jetzt im Nachhinein als „Abhängigkeit“ diskreditiert wird. Deutschland verzichtet jetzt auf dieses Projekt und diktiert auf diese Weise quasi als Vorreiter den anderen EU-Ländern und überhaupt allen anderen Ländern, dass diese Sanktionen gegen Russland  
170 jetzt durchgesetzt werden müssen.*

— *Gegen die deutschen Gasimporte aus Russland waren schon in der Vergangenheit sowohl alle Präsidenten der USA als auch innerhalb der EU war das Projekt umstritten. Deutschland hatte daran festgehalten, weil russisches Gas einerseits eine billige Energiequelle ist. Andererseits verwies es auf den politischen Hebel, mit dieser  
175 Wirtschaftsbeziehung auf die Politik Russlands einzuwirken. Wenn Scholz jetzt ankündigt, dass Nord Stream 2 nicht in Betrieb geht, ist dies ein Ausdruck der deutschen Wende. Damit setzt sich Deutschland an die Spitze der antirussischen Front und macht das Erdgasgeschäft zum Kriegsmittel gegen Russland.*

Die Absage von Nord Stream 2 steht für den Übergang, den wir gerade in allgemeiner  
180 Fassung besprochen haben. Gerade Deutschland, mit seiner bisher gepflegten Sonderbeziehung zu Russland, hat seine Rolle und Bedeutung daraus gezogen, mit seinen wirtschaftlichen Beziehungen Einfluss auf die politische Willensbildung

Russlands nehmen zu können. Genau diese wirtschaftlichen Beziehungen beurteilt es nun neu. Sie gelten nicht mehr als gutes Einflussmittel, sondern von heutigem  
185 Standpunkt aus werden die neulich gepflegten wirtschaftlichen Beziehungen mit dem ehemaligen Energiepartner jetzt als Fehler definiert, mit dem man sich vom Feind abhängig gemacht und das feindliche Lager gestärkt hat. Alle ökonomischen Beziehungen sind jetzt in der Hinsicht zu beurteilen, inwieweit sie den Feind stärken oder umgekehrt, inwieweit man sie zum Mittel machen kann, den Feind zu schwächen.  
190 Insofern ist diese allererste Maßnahme von Scholz, abgesegnet von den USA, wirklich *die Wende*, die Deutschland vorgenommen hat.

Die guten Beziehungen zu Russland und die darin enthaltenen erpresserischen Möglichkeiten waren bis dato das, was Deutschlands Wichtigkeit im Verhältnis zu Russland ausmachte. Jetzt besteht die Wichtigkeit Deutschlands darin, mit der Absage  
195 von Nord Stream 2 Russland eine unmittelbar deutliche und wirksame Schädigung zugefügt zu haben. Die darin getätigten Milliardeninvestitionen Russlands sind entwertet und die damit verbundenen künftigen Deviseneinnahmen entfallen.

Diese Neuorientierung der deutschen Staatsräson im Verhältnis zu Russland verändert auch Deutschlands Verhältnis zu den USA: Deutschland strebt nicht mehr die  
200 Führungsrolle hinsichtlich des europäischen Projektes einer strategischen Energiepartnerschaft mit Russland an. Jetzt beansprucht Deutschland, in *militärisch-strategischer* Hinsicht eine europäische Führungsmacht zu sein, und reiht sich dafür in die antirussische Front der Amerikaner ein.

\*

205 Auf welche Art von Schädigung zielen die verschiedenen Abteilungen der **Finanzsanktionen** ab? Was machen sich diejenigen, die diese Sanktionen beschließen, zunutze? Welche Mittel bringen sie zum Einsatz?

— *Russland hat sich auf das kapitalistische Wirtschaften eingelassen und ist auf den Weltmarkt und die Finanzmärkte angewiesen, um dort seinen Reichtum zu erwirtschaften. Bereits in der Vergangenheit haben der Westen und die USA die Finanzmärkte als Druckmittel benutzt, um Einfluss auf die russische Politik zu nehmen. Im Unterschied dazu wird jetzt der Finanzmarkt als ein finales Mittel eingesetzt, um die russische Wirtschaft zu zerstören. Das geht, weil die Finanzmärkte als Besitzstand des Westens, allen voran der USA fungieren. Die können bestimmen, wem sie  
215 eine Lizenz erteilen und wem sie mit Restriktionen begegnen.*

Im Kern der Sache beziehen sich die Finanzsanktionen auf den internationalen Finanzmarkt. Der ist beheimatet bei den potenten kapitalistischen Staaten, die verfügen über eine florierende Börse, ein florierendes Finanzkapital und ein Bankenwesen – eben über alles, was zum Finanzmarkt dazugehört. Und weil das unter ihrer staatlichen Hoheit stattfindet, können sie der Geschäftswelt und den dazugehörigen Institutionen Verbote erteilen und neue Gesetze mit sofortiger Gültigkeit erlassen. Dazu gehört allerdings auch, dass sich die potenten kapitalistischen Staates darin *einig* sind und *gemeinsam* durchsetzen, dass Geschäftsbeziehungen mit Russland unterschiedlichster Art ab sofort bei Strafe verboten sind.  
220

225 Die einzelnen Maßnahmen verfolgen unmittelbar das Ziel dieses Wirtschaftskrieges, den russischen Staat zu ruinieren. All das, wie sich ein Staat üblicherweise finanziert, wird Russland per Gesetz verboten: Es kann auf dem internationalen Finanzmarkt

keine Staatsanleihen mehr auflegen oder Kredite nehmen. Ein direkterer Angriff auf die ökonomische Potenz einer Staatsgewalt ist kaum vorstellbar.

230 — *Und durch das Verbot, seine Schulden zurückzuzahlen, wird Russland direkt kreditunwürdig gemacht.*

Das Verunmöglichen der Finanzierung und Refinanzierung trifft auch russische Unternehmen, die relevant für die russische Ökonomie sind. Unter den Stichworten „staatsnahe“ „Schlüsselindustrien“ werden die Geschäftsmöglichkeiten der Energie-  
235 unternehmen, Rüstungsbetriebe und High-Tech-Firmen verboten, auf die sich der russische Staat stützt.

— *Durch die Sanktionen werden auch ihnen die Mittel verwehrt, die ihnen die notwendige Liquidität verschaffen. Es ist ihnen verboten, auf dem internationalen Markt Kredite zu nehmen, und der Handel mit ihren Aktien und Wertpapieren ist verboten.*  
240 *Damit werden diese Unternehmen ruiniert und können nicht mehr für den russischen Staat das leisten, was er von ihnen einfordert und für seine Zwecke benötigt.*

Das geht, weil Russlands Unternehmensfinanzierung Teil des internationalen Finanzmarktes ist. Wenn westlichen Banken das Geschäft mit Russland verboten ist, ist russischen Unternehmen der Zugriff auf das globale Geschäftsmittel – Euro- und Dol-  
245 larkredite – verunmöglicht. In Russland können die Unternehmen natürlich Aktien ausgeben, Wertpapiere auflegen und Kredite aufnehmen. Aber das ist nicht das globale Geschäftsmittel, auf das es ankommt.

\*

— *Durch das Einfrieren der russische Devisenreserven (S. 78 c) wird auf dem Weltmarkt verdienter russischer Reichtum in seiner Geldform enteignet. Die „heilige Kuh“ der Marktwirtschaft, das Prinzip, dass ein Staat mit seiner Wirtschaft auf den Weltmarkt geht und sich das verdient, was er als Staat so braucht, wird damit aufgehoben. Mit der Enteignung wird auch die Konvertibilität des Rubels beschädigt, die Russland braucht, um Geschäfte mit Drittstaaten machen zu können.*  
250

255 Bei allen aufgeführten Finanzsanktionen geht es nicht nur um die Darstellung dessen, was der Westen gegen Russland unternimmt, sondern auch darum, warum er das kann. Was erfährt man da über den Weltmarkt? Wie kommt Russland, wie kommen die Weltwirtschaftsmächte in ihm vor?

— *Der Weltmarkt ist eben nicht nur ein Welthandel, sondern ein kapitalistischer Welthandel, den die USA als ihren Besitzstand und mit ihrer Verfügungsmacht bewirtschaften. Er ist dafür eingerichtet, dem Nutzen der USA und deren Verbündeten zu dienen. Daraus ergibt sich für die USA der mächtige Hebel, nicht nur Staaten zu gestatten, daran teilzunehmen, sondern Staaten sogar davon auszuschließen, wie es nun an Russland praktiziert wird. SWIFT ist auch nicht nur eine Zahlungsmethode,  
260 sondern ebenfalls ein Besitzstand des Westens, auf den alle Staaten auf dem Weltmarkt bei ihren Händeln angewiesen sind. Deshalb nennt Biden den Ausschluss davon eine „nukleare Option“, die einem militärischen Angriff ebenbürtig ist.*  
265

Wenn Russland am Weltmarkt teilnehmen will, muss es nicht nur Ware liefern, sondern auch Zahlungen abwickeln, um an Weltgeld zu kommen. Die Zahlungsabwicklung ist als privatwirtschaftliche Dienstleistung mit Sitz in Belgien organisiert (SWIFT),  
270 untersteht allerdings der Hoheit der wesentlichen westlichen Wirtschaftsmächte. Die ökonomische Notwendigkeit Russlands – wenn es per Weltmarkt seine Kapitalisten

kapitalistischen Reichtum erwirtschaften lassen und diesen Reichtum sich selber als Staat dienstbar machen will – alle Zahlungen über SWIFT laufen zu lassen, steht unter der Hoheit fremder und jetzt eben feindlicher Mächte.

Auch bei den Devisenreserven ist das so. Insbesondere die USA verfügen mit ihren Dollar über das Weltgeld, das alle Staaten brauchen und verdienen müssen, die auf dem Weltmarkt Reichtum erwirtschaften wollen. Das kann Russland nur, wenn sein Rubel konvertibel ist und sein Devisenschatz dafür gerade steht, dass der Rubel auch ein taugliches Derivat des Dollars ist. Auch dieses Verhältnis steht unter der hoheitlichen Verfügung der USA, die andere Unternehmen und Staaten vom Gebrauch des Dollar ausschließen kann. Und dieser Ausschluss bedeutet für Russland, dass es das eigene Geld international nicht mehr gebrauchen kann.

Zwar verfügt Russland mit seinem Rubel im eigenen Land über eine allgemeingültige und verbindliche Währung. Sobald es aber auf dem Weltmarkt tätig werden will, ist es damit konfrontiert, dass beim Kaufen und Verkaufen dort andere Währungen nötig sind. Man muss über Dollar, Yen oder Euro verfügen, um als potenter Käufer, Investor oder Kreditnehmer aktiv werden zu können. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass eine wesentliche Abteilung russischer Geschäftstätigkeit darin besteht, eben dieses weltweit gültige Geld auf dem Weltmarkt zu erwirtschaften. Dazu verkauft es seine Energieträger und sonstigen Rohstoffe. In dem Maße, in dem Russland auf dem Weltmarkt Weltgeld verdient, ist es in der Lage, umgekehrt seinen Geschäftsleuten Rubel in Dollar und Euro umzuwechseln, damit die mit diesen Währungen auf dem Weltmarkt einkaufen können. Dieses Verhältnis ist schlagartig infrage gestellt, wenn Russland der Zugang zu seinen auf Banken in aller Welt verbuchten Devisen verwehrt wird. Dann verfügt es eben nicht mehr über Weltgeld für Einkäufe auf dem Weltmarkt und ist nicht mehr in der Lage, seinen Rubel als taugliches Geld zu verwalten. Tauglich ist es nämlich nur dann, wenn der russische Staat Rubel jederzeit gegen Euro und Dollar tauschen kann, er konvertibel ist. Das Einfrieren der russischen Devisen ist daher der Generalangriff auf das russische Geld als die Materie des kapitalistischen Reichtums.

\*

— Die Wucht der **Handelsbeschränkungen** als Kriegsmittel geht über das hinaus, was sie unmittelbar bewirken. Es wird nicht nur Geschäftsleben und Wachstum in Russland kaputtgemacht, sondern auch die materielle Reproduktion des Staates wird angegriffen. Mit dem Verbot des Verkaufs an Schlüsselgütern bei Erdöltechnik, Transportwesen und Halbleitern wird die zivile materielle Basis dieses Staates zerstört.

Man sieht den einzelnen Maßnahmen unmittelbar an, dass sie darauf abzielen, das zu ruinieren, woran die ökonomische und auch die Potenz des russischen Gewaltapparats hängen. Man will Russland verunmöglichen, seine Exportschlager Öl und Erdgas mit entsprechenden technologischen Mitteln zu fördern, verweigert und blockiert den Zugriff auf notwendige Technologie für Flugzeuge und sonstige Maschinen und auf alles, was den Hightech-Bereich und damit auch unmittelbar den militärischen Bereich betrifft. Damit wird der russische Markt in entscheidender Weise getroffen.

Wie geht die antirussische Allianz damit um, welche Kalkulationen stellt sie an, was muss insbesondere der deutsche Staat dafür ins Kalkül ziehen und was setzt er ins Werk?

— Kern der westlichen Restriktionen ist die bisherige Energiepartnerschaft, der Export von Gas und Öl aus Russland. Damit entfällt die „Cashcow“, die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Mit dem Energieexport nimmt er Steuern und Devisen ein und behauptet so seine Kreditwürdigkeit auf dem Weltmarkt. Deutschland spielt eine besondere Rolle als wesentlicher Handelspartner beim Gas. Es setzt die Aufkündigung dieser Partnerschaft als Kampfmittel ein, muss aber eigene Schäden einkalkulieren.

Deutschland stellt sich zunächst auf den Standpunkt, dass es in seinem Ermessen und in seinen Möglichkeiten liegt, die Angewiesenheit auf russisches Gas und Öl in einer Weise zu handhaben, dass es perspektivisch die Russen endgültig schädigt. Das soll genau so durchgeführt werden, dass sich die eigenen Schäden, die auf jeden Fall einkalkuliert werden, soweit in Grenzen halten, dass Deutschland nicht selber daran kaputt geht. Deshalb wurden nicht gleich alle Beziehungen in dieser Frage aufgekündigt, nicht gleich ein umfassendes Ölembargo beschlossen. Russische Erdgaslieferungen werden zwar weiterhin in Anspruch genommen, aber immer mit der Ankündigung verbunden, dass man den Abbruch der Lieferungen als Waffe einsetzen will. Deswegen wird der Weiterbezug ergänzt durch das Auftun anderer Quellen, sei es anderer Gaslieferanten, anderer Energieträger oder mehr erneuerbarer Energien. Deutschland konfrontiert Russland mit der *Zumutung*, solange weiter als tauglicher Lieferant zur Verfügung zu stehen, bis man von seinem Gas emanzipiert ist. Und in dem Maße, in dem Russland das nicht mitmacht, wird es entsprechend verurteilt. Deutschland geht davon aus, zur Gestaltung dieser Übergangsphase alles in der Hand zu haben und Russland in Sachen Energie endgültig ruinieren zu können. Zugleich ist das verknüpft mit dem einkalkulierten Risiko, dass Russland nicht darauf wartet, bis Deutschland das Gas endgültig abbestellt.

Das ist im Text auf S. 82 mit „Risikobereitschaft“ gemeint. Die eine Seite des Standpunktes ist, dass man manchem Partner im Westen und auch der moralisch aufgewählten Öffentlichkeit gegenüber begründen muss, warum man nicht sofort alles aufkündigt und Russland überhaupt nichts mehr abkauft. Die erwarteten Schäden sollen verkräftbar sein. Deswegen muss man sich auch die Schädigung des Feindes einteilen und schrittweise vorgehen. Dabei besteht natürlich immer das Risiko, dass die andere Seite selber eskaliert. Das Ideal zu dieser Praxis lautet, die Sache in der Hand zu haben, wenn man nur durchdacht und abgewogen vorgeht.

— Das ist eben ein Ideal und zeigt, dass sie es nicht in der Hand haben. Daraus folgen Unzufriedenheiten mit der deutschen Abschätzung, was man sich da leisten will und kann und Uneinigkeit zwischen den Staaten. Da gibt es welche, denen ist die Risikobereitschaft zu niedrig und sie fordern eine entschiedenere Schädigung Russlands. Aber es gibt auch Staaten, die eine zu große Schädigung der eigenen Wirtschaft durch die Sanktionen befürchten und gegen eine Ausweitung sind. Warum ist auf S. 82 nicht auch von Letzteren die Rede?

Auf das Zaudern, das Polen und die baltischen Staaten Deutschland bei den Sanktionen vorwerfen (S. 82) verweist der Artikel, um darauf aufmerksam zu machen, dass es in Deutschland nicht am politischen Willen, Russland zu ruinieren, mangelt, sondern darauf reflektiert wird, dass man sich diesen Wirtschaftskrieg leisten können muss. Dabei kommen sie zu dem Befund, dass die fossilen Rohstoffe aus Russland wichtig sind für das Wirtschaftswachstum und man sie deshalb nicht ersatzlos streichen kann. Dazu kommt der vorwärtstreibende Weg, sich aus der ausgemachten



Abhängigkeit von Russland zu befreien. Deutschland muss, um endlich konsequent alles aufkündigen zu können, erst für Alternativen sorgen. Dazu fährt Habeck nach Katar, dazu wird wieder Kohle verstromt oder Söder fordert die Verlängerung des Betriebs der Atomkraftwerke. Um das Gas als Waffe gegen Russland einsetzen zu können, müssen Alternativen her, die einem diese wirtschaftliche Kriegsmaßnahme ermöglichen. Das Ansinnen, sich von fossilen Energieträgern unabhängig zu machen, war schon immer eine Weise, politische Abhängigkeiten zu beseitigen.

Abwägungen dieser Art treffen alle Staaten in der antirussischen Einheitsfront. Bei allem gemeinsamen Willen zu einer Dauereskalation des Sanktionsregimes im Wirtschaftskrieg liegt bei jeder Maßnahme immer die Frage auf den Tisch, welcher Staat wie von Schäden betroffen ist und was er sich zumuten lassen will, worauf man sich also beim nächsten Sanktionspaket einigen kann (auch innerhalb der EU, beispielsweise Bulgarien und Ungarn, siehe S. 85/86). Das ist dann die Verlaufsform dieser Dauereskalation.

380

\*

Wenn sich die Staaten an der Frage abarbeiten, wer in Sachen Sanktionen was verkraften muss und kann, ist der gemeinsame Wille unterstellt, Russland zu bekämpfen, und diese Gemeinsamkeit ist keine Selbstverständlichkeit. Sanktionen brauchen aber eine einheitliche Front, damit sie ihre Wirkung entfalten. Also gibt es den Kampf gegen Schlupflöcher und gegen die, die diese eröffnen, weil sie die Sanktionen nicht mitmachen.

— *Bei einer globalisierten Weltwirtschaft müssen auch die Sanktionen global sein. Da wird etwas verlangt von den Teilnehmern der Weltwirtschaft, die ja ein Haufen konkurrierender Staaten sind, die auf verschiedene Weise betroffen sind und damit verschieden umgehen. Sonderfälle wie China oder Indien machen die Sanktionen nicht mit und können sich das aufgrund ihrer ökonomischen Macht auch leisten. Auch die OPEC weigert sich, mehr Öl zu liefern, da sie mit geringeren Mengen bessere Geschäfte macht.*

— *Indien, das die Sanktionen nicht unterschrieben hat, bezieht weiterhin Gas und Öl aus Russland und verkauft das raffinierte Öl auf Umwegen weiter an Deutschland. Sogar Deutschland selbst nutzt also diese Schlupflöcher. Damit werden die Sanktionen konterkariert.*

Die Kampfmaßnahmen gegen Russland an der Energiefront leben davon, dieses Geschäft für Russland als Einnahmequelle, als ökonomische Basis kaputt zu machen. Das funktioniert nicht, wenn es auf der anderen Seite potente Staaten gibt wie Indien und China, die sich diesem Wirtschaftskrieg nicht nur nicht anschließen, sondern sich die Lage sogar so zunutze machen, indem sie Öl und Gas, das Russland nicht mehr nach Europa liefert, zu vergünstigten Preisen importieren, verarbeiten und auf dem Weltmarkt wieder anbieten. Die westlichen Staaten sind davon abhängig, dass sich der Rest der Welt darauf verpflichten lässt, diesen Wirtschaftskrieg nicht zu konterkarieren. Hierbei stoßen sie ausgerechnet auf potente Staaten, die die politischen Erwägungen, die zum Wirtschaftskrieg geführt haben, überhaupt nicht teilen und sich deswegen nicht dem Sanktionsregime anschließen.

— *Die geforderte neue weltpolitische Leitlinie, Russland die Teilnahme am Weltmarkt zu versagen, mischt das ganze Gefüge der Nationen neu auf. Staaten, die gute Geschäfte mit Russland machen, sollen das plötzlich unterbinden, weil Russland aus*

dem Weltmarkt zu drängen ist. Dieses Diktat ist an vielen Stellen mit der Ruinierung der ökonomischen Grundlage verbunden, selbst bei Staaten, die den Zweck im Prinzip teilen. Wenn sich die Staaten nicht an diese ihnen neu aufgemachten Vorschriften halten, stehen ihnen die USA als ein gewaltiger Feind gegenüber, mit einer ganz anderen Anspruchshaltung und entsprechenden Drohungen und Erpressungen. Sie sind also nicht nur mit ökonomischen Schäden konfrontiert.

— Die neue Lage ist noch härter, als dass die widerspenstigen Staaten da einen gewaltigen Feind an der Backe haben. Mit der geforderten Einheitsfront gehen die USA dazu über, das Allerheiligste der Weltordnung zu schlachten. Sie stellen die Staatsgewalten neu auf, indem sie für sich das Recht in Anspruch nehmen, die Welt mit einem neuen Regime über fremden staatlichen Reichtum neu zu ordnen.

Einerseits ist das zunächst ein sehr grundsätzlicher Angriff der USA auf die bisher geltenden Prinzipien des weltweiten ökonomischen Verkehrs, auf den freien Kapitalverkehr, den weltweiten Respekt des Eigentums, die Anerkennung nationaler Währungen, den Geschäftsaustausch über die Grenzen hinweg ohne politischen Vorbehalt. Diese Prinzipien der Weltwirtschaft werden in Frage gestellt. Staaten wie Indien und vor allem China bemerken nicht nur den Unterordnungsanspruch der USA gegenüber Russland, sondern auch, dass die USA die bislang prinzipiell gewährte Freiheit zur ökonomischen Benutzung der Welt wegen der Bekämpfung Russlands so nicht mehr für alle gelten lassen wollen. Damit ist für diese Staaten die Benutzung der Welt, wie sie bis dato gegolten hat, perspektivisch nicht mehr sicher, wenn sie sich nicht an dem Anspruch der USA orientieren.

Die USA betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass die Staatenwelt sich ihrem Wirtschaftskrieg gegen Russland auch anschließt. Diese Selbstverständlichkeit setzt sich über das Verhältnis der einzelnen Staaten zu Russland, über deren ökonomische Verflechtungen und Kalkulationen mit der Weltwirtschaftsordnung hinweg, also darüber, welche ökonomischen Beziehungen und Abhängigkeiten sie für sich als nützlich empfinden. Ab jetzt wollen die USA darüber entscheiden, welche ökonomischen Beziehungen gegenüber gewissen Subjekten der Weltordnung überhaupt zulässig sind. Das wiederum hat gravierende Auswirkungen auf die ökonomische Situation, die Machtgrundlage und die innere Verfasstheit der Staaten – Hungeraufstände u.ä. werden ja befürchtet. Das alles sind *Folgen* des Wirtschaftskrieges gegen Russland.

Andererseits ist eine *neue* Weltwirtschaftsordnung nicht die Intension der USA. Sie gehen vielmehr davon aus, dass die bisherige Wirtschaftsordnung, über die sie immer schon verfügen, die sie aufrecht erhalten und immer zu ihrem Nutzen betätigen, jetzt auch in dieser Machtkonkurrenz *ihr* Mittel ist, das sie anwenden können und dem sich alle unterzuordnen haben – ohne die bestehende Weltordnung zerstören zu wollen, weil die ihnen ja gerade nützt, ihr Mittel ist. Diese kriegerische Nutzung ihrer Weltordnung ist aber in der Sache die *Infragestellung* der Gültigkeit der Weltwirtschaftsordnung, ohne dass die USA das so intendieren. Das ist der gewaltige Anspruch an die anderen Nationen, sich damit abzufinden und dem unterzuordnen.

— Für eine geschlossene Sanktionsfront klappern die USA die einzelnen Weltregionen ab und nehmen die dortigen politischen Mächte ins Gebet mit Verlockungen und Androhungen. Mit dieser Situation ist jetzt die ganze Welt konfrontiert.

Ob es sich die USA wirklich leisten, allen Staaten, die sich ihnen nicht anschließen, gleich mit harten Konsequenzen zu drohen, ist nicht ausgemacht. Blinkens Reisen durch Afrika, Nahost und Fernost und seine Verhandlungen mit diesen Staaten zeugen von einem Bewusstsein über die Zumutungen, die die USA der Staatenwelt mit dem Wirtschaftskrieg aufmachen. Zunächst bemühen sich die USA, die Staaten auf ihre Seite zu ziehen und zu erreichen, dass sie sich freiwillig gegen Russland aufstellen. Selbstverständlich ist das ja nicht. Nicht wenige Staaten teilen die Feindschaft zu Russland nicht und angesichts der ökonomischen Schäden und Einschränkungen ihrer Freiheiten, die sie da auf sich nehmen sollen, geben sie den USA mehr oder weniger diplomatisch zu verstehen, dass sie das überhaupt nicht einsehen. Was diese Art der Auseinandersetzungen der einzelnen Staaten mit der Weltmacht USA auf Dauer bedeutet, bleibt abzuwarten.

— *Ob und mit welchen Sanktionen die USA die sperrigen Länder belegt, ist sicherlich für die Zukunft nicht zu sagen. Jetzt schon klar ist aber: jedes Land der Welt wird von den USA vor diese Frage gestellt. Alle nehmen an dem Dollarweltmarkt teil und schaffen sich über diese Teilnahme die Grundlage ihrer jeweiligen Macht. Die USA als ökonomischer und politischer Herrscher dieses Dollarmarktes verlangen von den Staaten nun, sich an diesem Krieg zu beteiligen – ungeachtet der ökonomischen Beschädigung, die eintreten werden. Das beinhaltet nicht zwangsläufig, dass sie alle umstandslos mitmachen. Aber das ist die neue Konfrontation, die ihnen da aufgemacht wird.*

Diese Konfrontation sieht für jedes Land anders aus. Die Internationalisierung der Wirtschaftssanktionen ist ein eigenes weites Feld und wird Thema in den nächsten Gegenstandpunkt-Ausgaben sein.

\*

— *Der letzte Satz (S. 93) lautet: „Wenn sie einen Machtkonkurrenten nicht mehr aushalten wollen, dann sind glatt sie es, die die Prinzipien der Weltordnung zur Disposition stellen“. Wie ist dieser Satz zu verstehen? Ist damit der Widerspruch einer Dollarweltmacht gemeint, die eine Nation wie Russland, die es zu einer nicht unwesentlichen Beteiligung am Weltmarkt gebracht hat und den Dollar als das wesentliche Geld anerkennt, jetzt von diesem Weltmarkt ausschließt und dass sie damit den Dollarweltmarkt zerstört?*

Natürlich ist es ein Widerspruch, Russland von dem Weltmarkt, an dem sich gerade alle Nationen beteiligen sollen, auszuschließen. Der Ausschluss Russlands geht so weit, dass sogar das Kernelement dieser Wirtschaftsordnung, der Schutz des Eigentums, ausgehebelt wird. Die Devisenreserven Russlands werden nicht nur im Rahmen des Sanktionsregimes eingefroren, sondern sollen sogar einer anderen Verwendung zugeführt werden, wie z.B. der Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Damit gehen die Mächte, die den Kampf gegen Russland vorwärts treiben, so weit, dass sie das Heiligste dieser Weltordnung, nämlich den Schutz des Eigentums, relativieren und – zunächst im Verhältnis zu Russland – aufkündigen. Sie sind es, die dieses Grundprinzip der Weltordnung zur Disposition stellen, weil es ihnen um die Eliminierung Russlands geht.

— *Tatsächlich stellen sie damit viel mehr in Frage: Die Freiheit des Handelns, die Vertragsfreiheit usw. wird eingeschränkt.*

505 Wenn das Eigentum selbst in Frage gestellt wird, ist das schon die Infragestellung der absoluten Grundlage des Kapitalismus. Das mit „viel mehr“ benannte, dass ein Staat z.B. nicht mehr mit jedem, mit dem er will, ein Geschäft abschließen kann oder dass er mit seinem Geld nicht mehr überall einkaufen kann, wo er will, sind die *Formen*, in denen das *Eigentum* sich betätigt. All das wird mit der Infragestellung des Grundprinzips eingeschränkt und in Frage gestellt.

\*

Jour fix vom 15.08.22